Der oberschlesische Wanderer.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Oberschlesische Zeitung.

Es werden Anzeigen, die Grundzeile oder deren Raum (50 mm) mit 15 Pfg., die Einschaltungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg., Belag- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Gegründet 1828.

Fernsprechanschluß 16.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Telegrammanschrift: Wanderer Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

No. 148. Gleiwitz, Freitag, den 1. Juli 1898. 71. Jahrgang.

Ein polnisches Urtheil.

Bekanntlich ergehen sich die Organe des Polenthums unaufhörlich in beweglichen Klagen über die Angriffe und Schädigungen, denen die Polen seitens der preußischen Regierungspolitik ausgesetzt seien. Trotzdem aber kommt es gelegentlich doch einmal vor, daß auch von polnischer Seite der Wahrheit die Ehre gegeben wird. So findet sich jüngst unter dem Titel „Eine falsche Schätzung" in dem „Przeglad Wszechpolski" ein längerer Artikel, dessen Spitze sich direkt gegen die polnischen Anklagen und Beschuldigungen richtet.

Es wird von dem Polenblatte zunächst die Thatsache der Vermehrung des deutschen Elements durch das polnische zugegeben. „Vor allem", so heißt es, „nimmt das polnische Element in den polnischen Provinzen des preußischen Staates an Zahl zu, trotz der polnischen Auswanderung und trotz der Einführung deutscher Kolonisten durch die Ansiedelungs-Kommission." Aber nicht bloß das zahlenmäßige Verhältniß zwischen den beiden Nationalitäten verschiebt sich zu Ungunsten der Deutschen, sondern auch das sociale Schwergewicht rückt mehr und mehr nach der polnischen Seite hinüber. Von dem „Przeglad Wszechpolski" werden in dieser Hinsicht einige recht interessante Angaben gemacht. Das Blatt schreibt: „Wir wollen hier nicht die ganze Reihe von Zahlen anführen, welche von den Fortschritten des polnischen Elements in den Städten zeugen. In Inowrazlaw gab es im Jahre 1885 sechszehn deutsche Kolonialwaaren-Handlungen und zwei polnische, gegenwärtig befinden sich dort zehn polnische und sieben deutsche derartige Handlungen. In Schwimm haben die polnischen Kaufleute die deutschen Firmen von dem Marktplatze fast völlig gedrängt. Aber nicht nur in der Industrie und im Handel, sondern auch in den freien wissenschaftlichen Berufen sehen wir einen Fortschritt des polnischen Elements. Die Zahl der polnischen Aerzte, Apotheker, Baumeister, Techniker und Rechtsanwälte wächst beständig. In Schlesien gab es vor zehn, ja selbst vor 8 Jahren kaum einige polnische Aerzte, gegenwärtig giebt es deren schon sechsunddreißig u. s. w."

Das polnische Blatt wendet sich sodann einer Betrachtung der Mittel zu, welche zur Stärkung des Deutschthums entweder schon in Anwendung gebracht worden sind, oder für die Zukunft angewandt werden sollen, und schreibt: „Diese Mittel haben indessen zum überwiegenden Theile einen kulturellen Charakter. Aus diesen Mitteln werden nicht nur die Deutschen, sondern auch die Polen Nutzen ziehen, und sie können dieselben in entsprechender Weise zu ihrem Vortheil ausnutzen." Es wird damit unumwunden anerkannt, was insbesondere von Finanzminister von Miquel so treffend dargelegt worden ist, daß nämlich den von der Regierung für die Ostmark getroffenen Maßnahmen kein agressiver Charakter, vielmehr ein allgemein kultureller, dem Wohle der Gesammt-Bevölkerung dienender Zweck beizumessen ist.

Endlich spendet das Polenblatt auch noch den rechtlich-politischen Zuständen, unter denen die Polen Preußens leben, Anerkennung, indem es feststellt, daß jene Zustände „die Entwicklung der politischen Selbstständigkeit und des National-Bewußtseins" ermöglichen. Die Deutschen werden gut thun, sich dieses Urtheil aus polnischem Munde zu merken, um es gegebenenfalls den ja nie verstummenden Klagen über politische wie wirthschaftliche Bedrückung des Polenthums entgegenzuhalten.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Madrid, 28. Juni. Dem Vernehmen nach wird Admiral Camara heute die Fahrt durch den Suezkanal antreten; er hat die erforderliche Quantität Kohle an Bord. — Die Regierung glaubt nicht, daß ein amerikanisches Geschwader nach Spanien kommen wird; trotzdem hat sie Maßnahmen für diesen Fall getroffen. Schiffe sind zu diesem Zweck bereit, und 26000 Mann sind zu den Fahnen einberufen worden; dieselben werden auf die Haupthäfen am Atlantischen Ozean und am Mittelländischen Meer vertheilt werden.

Madrid, 28. Juni. Ein Telegramm des Generalgouverneurs der den größten Theil der Philippinen bildenden Insel Viskajas und Mindanao meldet die völlige Niederlage der Aufständischen. Der Führer derselben Arca, der Stellvertreter Arguinaldos sei im Kampfe gefallen. In der Depesche des Gouverneurs heißt es dann weiter, daß in dem ganzen großen ihm unterstellten Landstriche Ruhe herrsche. Die malayischen Hauptanführer von Mindanar seien beim spanischen Gouverneur erschienen mit der Erklärung, sie wüßten, daß es Krieg mit den Vereinigten Staaten gäbe, und wären bereit, zur Vertheidigung der Souveränität Spaniens, an der Seite der Spanier zu kämpfen.

Madrid, 29. Juni. Die Königinregentin wird heute ein Dekret unterzeichnen, in welchem die Ermächtigung ertheilt wird, unverzüglich in Cadix eine Hilfskreuzerdivision zu formieren. Dieselbe soll aus 4 für den Krieg ausgerüsteten Dampfschiffen bestehen.

Madrid, 29. Juni. Ueber den Gesundheitszustand der amerikanischen Truppen auf Kuba trafen ungünstige Nachrichten ein. Namentlich unter den Truppen Shafter's herrsche das gelbe Fieber; man spricht von einigen hundert Erkrankten. Ueber Hongkong eingetroffene Depeschen vom 24. Juni zufolge lehnen es die Spanier fortgesetzt ab, sich zu ergeben. Alles lasse voraussehen, es werde nach Ankunft der Truppen Menitt's zu einer Schlacht kommen.

New-York, 28. Juni. Wie eine Depesche aus dem Lager von Savanilla von gestern meldet, fanden Aufklärungspatrouillen der Aufständischen die Leitung, durch welche Santiago mit Wasser versorgt wird ohne Wachen und benachrichtigten hiervon General Wheeler, welcher sofort Pioniere absandte, welche die Leitung ohne Widerstand zu finden zerstörten, sodaß Santiago jetzt auf Cisternen angewiesen ist. In Jaragua wird von den Amerikanern ein ständiges Lazareth eingerichtet. Von Tampa sind 9000 Mann nach Key West abgegangen, um von dort nach Santiago befördert zu werden. Andere Truppen werden nachfolgen, sodaß die Armee Shafters auf die Stärke von 30000 Mann gebracht wird.

New-York, 29. Juni. Der Präsident der kubanischen Junta erhielt ein Telegramm von Maxiney Gomez, in welchem es heißt: Er habe am Freitag in Guantenamo den Belagerungszustand erklärt. Es sei unmöglich, daß die Spanier entkommen.

Key West, 29. Juni. Die Kubaner machen hier Anstrengungen, Geld aufzutreiben, um den kubanischen Streitkräften unter Gomez Vorräthe zu senden. Letztere leiden an allem Mangel. Sofern nicht bald Hilfe eintrifft, müssen die Kubaner sich zerstreuen. Nach Meldungen aus Rio Guama vom 28. d. Mts. wird eine Angriffsbewegung der Amerikaner erst in wenigen Tagen erwartet, weil zunächst die Verbindungswege in Stand gesetzt und Proviantstationen eingerichtet werden müssen.

Washington, 28. Juni. General Shafter telegraphirte gestern Abend 9 Uhr von Siboney aus, wir kommen gut vorwärts. Heute haben wir eine vorgeschobene Position 3 Meilen von Santiago besetzt, welche der Feind gestern aufgegeben hatte.

Deutsches Reich.

Berlin, den 29. Juni 1898.

— Das definitive Wahlergebniß. Es sind nunmehr sämmtliche Wahlresultate bekannt. Der neue Reichstag setzt sich wie folgt zusammen: 59 Konservative, 20 Reichspartei, 47 Nationalliberale, 104 Centrum, 13 Freisinnige Vereinigung, 30 Freisinnige Volkspartei, 8 Süddeutsche Volkspartei, 13 Antisemiten, 56 Sozialdemokraten, 14 Polen, 9 Welfen, 1 Däne, 6 Bund der Landwirthe, 5 Baierischer Bauernbund, 9 Elsässer, 1 Littauer und 1 Christlich-Sozialer.

— Nachwahl erforderlich. Soeben erst ist das definitive Wahlergebniß und damit die Zusammensetzung des neuen Reichstages bekannt geworden und schon meldet der Telegraph den Tod eines neu gewählten Abgeordneten. Dem „B. T." zufolge ist zwischen dem Stichwahltage und der offiziellen Feststellung des Wahlresultates der sozialdemokratische Stichwahlkandidat Marticke im Wahlkreise Dithmarschen gestorben.

— Polnisches. Die „Berliner Politischen Nachrichten" schreiben: Die Bekämpfung des preußischen Staates und des deutschen Volksthums seitens der großpolnischen Agitation scheint infolge des polnischen Mandatrückganges bei den Stichwahlen nur noch mit verstärkter Leidenschaftlichkeit geführt werden zu sollen. Nicht ohne ganz bestimmten Hintergedanken ist in letzter Zeit seitens der großpolnischen Wühler eine so intensive Propaganda zugunsten möglichster Verallgemeinerung der Miekiewiczfeiern getrieben worden. In ihrer ganzen Glorie wird man die Tendenz dieser Feiern zwar erst nächste Woche jenseits der Grenze in Krakau bewundern können, wo auch die Herren Tschechen das ihrige zur Erhöhung des deutschfeindlichen Effects der dortigen Veranstaltung beizutragen beabsichtigen. Indessen auch diesseits der Grenze ist in den letzten Wochen von den großpolnischen Hetzorganen à la „Praca" schon aus wahlagitatorischen Gründen nichts verabsäumt worden, ihr Publikum in die rechte Stimmung zu versetzen. Das ebengenannte Blatt läßt in einer elegischen Anwandlung das ziemlich reichhaltige Strafregister Revue passieren, das ihm sein gemeingefährliches hetzerisches Treiben eingebracht hat, um daran die emphatische Versicherung zu knüpfen: „Keine Strafe wird imstande sein, uns zu hindern, daß wir den gefallenen Helden, die ihr Blut für die Freiheit unseres geliebten Polens vergossen haben, unsere Huldigung und höchste Verehrung darbringen. Die Liebe zum Volke und die Achtung von der Vergangenheit aus unserer Brust zu reißen, ist keine Strafe imstande, sowie selbst Sibiriens Eisregionen die polnischen Herzen nicht erkalten lassen." Nun hindert niemand und nichts unsere Mitbürger polnischer Zunge, ihrer Nationalität treu zu sein, Sie sollen nur Ruhe und Frieden mit der deutschen Bevölkerung halten und den Gesetzen des preußischen Staates nachleben. Wenn aber die großpolnischen Hetzer es offen aussprechen, daß die Achtung vor dem Gesetz für die Polen da aufhöre, wo ihr polnischer Patriotismus anfängt, wenn selbst nationalpolnische Blätter wie der „Dziennik" und der „Kuryer Poznanski" nicht umhin können, den tendenziösen Cultus des Andenkens an die Insurrectionsgefechte von Miloslaw, Wreschen und Xions als Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten zu definiren, so wird selbst der ärgste Fanatiker des Großpolenthums nicht bestreiten können, daß die preußischen Behörden nur innerhalb der Grenzen des bekannten Staatsministerialerlasses bleiben, wenn sie gegen derartige Herausforderungen der bestehenden politischen und staatsrechtlichen Ordnung seitens der „Praca" und ihrer großpolnischen Regisseure mit der Strenge des Gesetzes einschreiten. Das Deutschthum im Osten aber wird durch die haßerfüllten Vorstöße der großpolnischen Hetzpresse immer wieder von neuem daran erinnert, daß es auf einem exponirten Posten steht, den es nur in geschlossener Zusammenfassung aller seinen eignen Volksgenossen behaupten kann.

— Friedrichsort, 29. Juni. An dem heutigen Handicap Kiel-Eckernförde nahmen 15 Yachten theil; bei starkem Südwest und anhaltendem Regen entspann sich ein harter Wettkampf zwischen den Yachten „Meteor" und „Rainbow". Letztere passirte um 12¼ Uhr das Ziel, während der „Meteor" mit dem Kaiser an Bord 4 Min. darauf durch das Ziel ging. Die „Hohenzollern" mit der Kaiserin passirte um 12 Uhr Friedrichsort.

Danzig, 28. Juni. In der Vorstandssitzung der deutschen Kolonial-Gesellschaft wurde ein Antrag Vohsen- v. Kusserow angenommen, für die deutsche Kongo-Benue-Tsadsee-Expedition 25000 Mk. zu bewilligen und den Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zur Wahrnehmung der deutschen kolonialen Interessen in Central-Afrika zu ergreifen. Die Herbstversammlung des Vorstandes findet in Breslau, die nächste Hauptversammlung in Berlin statt. Ferner wurde beschlossen, beim Reichskanzler die schleunige weitere Erforschung der Koch'schen Malaria-Theorie und Einstellung besonderer Mittel in den Etat zu diesem Zweck zu befürworten.

Wiesbaden, 28. Juni. Das griechische Kronprinzenpaar verläßt Cronberg, dem „Rhein. Cour." zufolge, am Freitag, fährt zu einem dreiwöchigen Besuche der Königin nach England, kehrt für einige Tage nach Cronberg zurück und reist dann zu längerem Aufenthalt nach Kopenhagen, nachdem der König von Dänemark, der in den nächsten Tagen in Wiesbaden zu dreiwöchigem Kuraufenthalt eintrifft, dorthin zurückgekehrt sein wird.

Celle, 28. Juni. Generallieutenant z. D. von Schmidt hat den Vorsitz im Bezirk Nordhannover des Deutschen Kriegerbundes niedergelegt.

Oesterreich-Ungarn.

Die mündlichen Verhandlungen der Quotendeputationen der beiden Hälften der österreichisch-ungarischen Monarchie sind wieder vertagt worden, ohne daß sie zu einer Einigung geführt hätten. Die diesmaligen Verhandlungen haben nur das eine interessante Moment ergeben, daß die ungarische Deputation endlich mit einem Vorschlage hervorgetreten ist, welcher die ungarische Quote — freilich nur um den lächerlich niedrigen Satz von sechs Zeutel Procent — erhöht. Die ungarische Deputation hat wohl selbst ihren Vorschlag nicht als ernsthaft betrachtet. Indessen hat die österreichische Quotendeputation den ungarischen Vorschlag ohne besondere Emotion aufgenommen und die Vertagung der weiteren Verhandlungen bis zum September beantragt.

Lemberg, 28. Juni. Der Ministerpräsident verfügte in seiner Eigenschaft als Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Justizminister die Verhängung des Standrechtes über die politischen Bezirke Limanowa und Neusandec für die Verbrechen des Mordes, Raubes, der Brandlegung und der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne des § 85 des Strafgesetzes.

Prag, 28. Juni. Sonntag wurde den zur Palackyfeier erschienenen russischen Gästen, dem Fürsten Andronikow, dem Staatsrathe Vaclik und dem Redakteur Prokowjew, seitens der hiesigen Polizeidirektion bedeutet, die Palackyfeier sei beendet, der Zweck ihres Besuches erfüllt und es wäre für sie an der Zeit, Prag zu verlassen. Die 3 Herren haben infolge dieser Einladung im Laufe des gestrigen Tages Prag verlassen.

Italien.

Rom, 28. Juni. Alle Blätter bestätigten gestern die von der Italie bekannt gegebene Ministerliste. Weil Careano erst heute Nacht und Fortis morgen Vormittag hier eintreffen, wird die endgiltige Ministerliste erst morgen erscheinen können. Das Ministerium für Post und Telegraphie ist noch unbesetzt.

Rußland.

Petersburg, 28. Juni. Bei Besprechung der bevorstehenden Bildung des Kabinets Brisson hebt das „Journal de St. Pétersbourg" hervor, mit Brisson an der Spitze könne in keiner Weise die Rede sein von einer Versöhnung der sich gegenüberstehenden Ansichten; das Prinzip der Vereinigung der Republikaner erscheine somit als endgültig aufgegeben. Der Artikel schließt mit den Worten: „Was die durchschnittlich herrschende Ansicht im Lande betrifft, welche während der Amtszeit des Ministeriums Meline sich an eine ministerielle Stetigkeit die den Strebungen der politischen Gruppen fernbleibt, gewöhnt hatte, so dürfte sie sich nicht leicht den schnell vorübergehenden Kombinationen anpassen; ihre Wünsche gehen auf die Schaffung einer politischen Lage, welche ein von der Sorge um den nächsten Tag freies Arbeiten gestattet!" — Die „Nowoje Wremja" führt aus, die öffentliche Meinung könne ein Kabinet Brisson nur als nothwendiges Uebel ansehen; sein Erscheinen würde ein Beweis für die völlige Bankerott-Erklärung der jetzigen Deputirtenkammer sein.

— Das neue russische Strafgesetzbuch. Gemäß soeben veröffentlichter Kaiserlicher Verordnung wird im russischen Reichsrathe eine besondere größere Konferenz gebildet zur Durchsicht und Berathung des nach langjährigen Arbeiten im Entwurfe fertiggestellten neuen russischen Strafgesetzbuches. Die Arbeiten dieser Konferenz dürfen etwa ein Jahr in Anspruch nehmen, worauf dann der Entwurf noch vom Plenum des Reichsrathes revidirt und gutgeheißen werden muß, bevor er die Unterschrift des Kaisers erhalten kann. In Kraft gesetzt wird das neue Gesetzbuch jedoch voraussichtlich erst, wie üblich, einige Zeit nach seiner Publikation, so daß nicht früher als im Jahre 1901 oder 1902 das umfangreiche veraltete Strafgesetzbuch vom Jahre 1845 durch das neue systematische, das wie alle modernen Gesetzbücher dieser Art einen nur sehr mäßigen Umfang hat, ersetzt werden wird. Das Strafgesetzbuch des Kaisers Nikolaus I. vom Jahre 1845 trägt einen kompilatorischen Charakter und verdankt seine Schwerfälligkeit und Unübersichtlichkeit dem Bestreben der damaligen Gesetzgebung, durch möglichste Spezialisirung der Strafbestimmungen einer jeden Willkürlichkeit der Rechtsprechung vorzubeugen. Nur durch unablässige Aenderungen und Ergänzungen konnte gegen das Veralten des Gesetzes Abhilfe geschaffen werden.

Petersburg, 29. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit den kaiserlichen Kindern gestern zum Sommeraufenthalt von Zarskoje Selo nach Peterhof übergesiedelt.

Petersburg, 29. Juni. In dem „Rushkij Inwalid" veröffentlicht der Kommandeur des 15. russischen Dragoner-Regiments in Kalisch einen ausführlichen Bericht über den Besuch des Offiziercorps des Regiments bei den Offizieren des preußischen Leib-Husaren-Regiments in Posen. Der Bericht schildert den den russischen Offizieren gewordenen freundlichen und liebenswürdigen Empfang, den sie niemals vergessen werden.

Japan.

Yokohama, 28. Juni. Das neue Kabinet ist gebildet worden und wie folgt zusammengesetzt: Okuma Vorsitz und Inneres, Itapaki Inneres, Matsuda Mashioa Finanzen, Ohigashi Gitetou Justiz, Ayashi Iwzo Post, Gishi Masanu Handel, Ozaki Yokio Unterricht. In der Besetzung des Marine und des Kriegsministeriums sind keine Veränderungen eingetreten.

China.

Peking, 28. Juni. Ein kaiserliches Edict ist gestern veröffentlicht worden, daß der Director der Hankau-Eisenbahn Shung ernst tadelt wegen der Zögerung betreffend den Bau der Linie. Man nimmt an, der Director werde infolge dieses Edictes gezwungen sein, in die Bedingung zu willigen, daß der französische Gesandte als Schiedsrichter fungire; eine Bedingung, welcher sich das Tsung-Li-Yamen bisher energisch widersetzt habe.